

Holger Balodis
Dagmar Hühne

DIE GROSSE

RENTEN

LÜCKE

Leseprobe

Warum eine gute und
bezahlbare Alterssicherung
für alle möglich ist

WESTEND

W E S T E N D

Holger Balodis, Dagmar Hühne

DIE GROSSE RENTENLÜGE

Warum eine gute und bezahlbare
Alterssicherung für alle möglich ist

WESTEND

Mehr über unsere Autoren und Bücher:
www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN 978-3-86489-177-9

Copyright © 2017 Holger Balodis und Dagmar Hühne

© Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2017

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

Satz: Publikations Atelier, Dreieich

Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany

Inhalt

Einleitung	
Mut zu mehr Rente!	7
Kapitel 1	
Das Schröder-Riester-Rentendesaster	11
Kapitel 2:	
Erfolgsmodell Umlage – weit besser als die vom Kapitalmarkt abhängige Altersvorsorge!	19
Kapitel 3	
Altersarmut – Chronik einer programmierten Katastrophe	35
Kapitel 4	
Von Fehlkonstruktionen und Fehlentscheidungen	49
Kapitel 5	
Das Märchen von den guten Betriebsrenten	61
Kapitel 6	
Das Rentenniveau – mager, missbraucht und manipulativ!	73
Kapitel 7	
Die Rentengehirnwäsche	81
Kapitel 8	
Viel Tamtam um wenig – die Pläne der großen Koalition	101

Kapitel 9	
So geht Rente – ein Masterplan	115
Kapitel 10	
Ein Blick über die Grenze zeigt: Es kann gelingen!	141
Kapitel 11	
Was planen Parteien, Gewerkschaften und Sozialverbände?	151
Kapitel 12	
Was jeder tun kann!	173
Anmerkungen	181

Einleitung

Mut zu mehr Rente!

Seit über zwei Jahrzehnten sind die Verteidiger einer guten Rente in der Defensive. Schuld daran sind nicht die Fakten, sondern eine große Rentenlüge: Gute, auskömmliche Renten seien nicht mehr finanzierbar, wird uns immer wieder erzählt. Die Volksparteien haben deutliche Verbesserungen der Renten nicht auf der Agenda. Und in den meisten Medien wird vermittelt: Bessere Renten überlasten die junge Generation. Genau das ist die Lüge, die sich tief in die Gesellschaft hineingefressen hat. Die Methode ist raffiniert und wird lanciert von interessierten Kreisen: Das Rentenniveau müsse runter, skandieren unions Versicherungswirtschaft, sogenannte Wissenschaftler, Arbeitgeberverbände und deren Propagandatruppe, die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Angeblich gebiete das die demografische Entwicklung. Und die neue Lösung heißt: Generationengerechtigkeit. So wird der falsche Eindruck erzeugt, dass dieses Land sich höhere Renten nicht leisten könne, dass dies auf Kosten der jungen Generation ginge.

Scheinbar verfängt diese Propaganda: Wer jünger als 30 Jahre alt ist, kommt heute gar nicht mehr auf den Gedanken, dass die gesetzliche Rente für einen guten Lebensabend reichen könnte. Und auch die meisten Älteren haben den Glauben daran verloren. Die große Rentenlüge hat funktioniert. Längst wird akzep-

tiert, dass ein gutes Leben im Alter nur gelingen kann, wenn man zuvor ordentlich privat vorsorgt. Doch das ist Unsinn. Falls es sich heute dennoch plausibel anhört, ist das nur die Folge einer klassischen »sich selbst erfüllenden Prophezeiung«. Wer die gesetzliche Rente schlechtredet und zerstört, sorgt natürlich dafür, dass sie am Ende tatsächlich nicht reicht. Und alle, die das glauben, sind nicht überrascht, wenn es so kommt.

Doch es ginge auch ganz anders. Selbstverständlich ist dieses Land in der Lage, allen Menschen eine gute Rente zu zahlen – auch allen Kleinverdienern eine Rente deutlich oberhalb der Grundsicherung. Dazu müssen wir den Propagandakrieg gegen mächtige Gegner aufnehmen. Wir müssen uns wehren gegen das Demografieverbrede, das uns suggerieren soll, der »Pillenknicke« mache gute Renten unmöglich. Wir müssen den Begriff von der Generationengerechtigkeit als hohle Phrase entzaubern, die letztlich nur der Verschleierung dient. Denn wer Jung gegen Alt ausspielt, will nur vom eigentlichen Konflikt ablenken, der sich zwischen Reich und Arm abspielt. Die Vermögenden beteiligen sich so gut wie nicht an der solidarischen Rente und keine Regierung wollte das bislang ändern. Die Folge: Die trotz mehrerer Finanzkrisen enorm gestiegene Wirtschaftskraft dieses Landes wird nur sehr unzureichend für gute Renten genutzt. Im Gegenteil: Die meisten Spitzenverdiener zahlen keinen Cent in die Rentenkasse, und den Arbeitgebern sicherten alle Bundesregierungen seit der Jahrtausendwende dauerhaft niedrige Beiträge zu. Die Last tragen die versicherungspflichtig Beschäftigten: Sie werden mit Rentenkürzungen bestraft und sollen dafür doppelt und dreifach privat vorsorgen.

Das muss sich ändern. Wir brauchen ein System, das die Leistungsfähigkeit dieses reichen Landes wirklich anzapft und schrittweise sämtliche Erwerbstätigen in die Rentenkasse einbezieht. Das Ziel: Alle sollen einzahlen, also auch Politiker, Beamte, Selbstständige, Freiberufler und Topmanager. Dass das

funktionieren kann, belegt der Blick in europäische Nachbarländer. Dieser Blick macht Hoffnung: Warum sollte Deutschland nicht schaffen, was beispielsweise in Österreich, den Beneluxstaaten oder Dänemark selbstverständlich ist? Eine gute Rente für alle, die Armut im Alter ausschließt und den bis dahin erreichten Lebensstandard annähernd sichert. Bisher garantiert der deutsche Staat dies nur zwei zahlenmäßig überschaubaren Bevölkerungsgruppen: Beamten und Politikern.

Kapitel 1

Das Schröder-Riester-Rentendesaster

Als Wendepunkt kann der 11. Mai 2001 gelten. Ein sonniger Frühlingstag mit Temperaturen über 20 Grad. In Berlin gab Kanzler Gerhard Schröder (SPD) seine erste Pressekonferenz im Foyer des neuen Kanzleramtes. Gemeinsam mit Bundesarbeitsminister Walter Riester. Beide in ausgelassener Stimmung. Unmittelbar vorher hatte der Bundesrat eine der laut Schröder »wirklich historischen Reformen in der Sozialversicherung« durchgewunken: die Einführung der Riester-Rente. Aber gleichzeitig wurden auch deutliche Verschlechterungen in der gesetzlichen Rente beschlossen. Unterm Strich sollte es aber, so versprach es damals Walter Riester, für alle besser werden: »Jeder Rentner und jede Rentnerin wird nicht nur heute, sondern auch in Zukunft mehr Rente erhalten als nach dem alten Recht.«¹ Und Kanzler Schröder pflichtete ihm bei. Alle Rentner, aber auch Minister Walter Riester seien, so Schröder, »die großen Gewinner der Rentenreform«.²

16 Jahre später wissen wir: Es ist grandios danebengegangen – jedenfalls für die Rentner. Männer, die mindestens 35 Versicherungsjahre auf dem Buckel haben, bekamen im Jahr 2015 als Neurentner 1 006 Euro ausgezahlt. Im Jahr 2000, also unmittelbar vor der Riester-Reform, waren es noch 1 104 Euro gewesen.³ Auch besonders langjährig Versicherte – so lautet der

Terminus für Männer oder Frauen, die auf mindestens 45 Versicherungsjahre kommen – erhielten 2015 als Neurentner/innen nur noch 1 177 Euro netto. Drei Jahre zuvor waren es noch gut 200 Euro mehr gewesen.⁴ Getroffen hat es auch die Erwerbsminderungsrentner. Wer 2015 Neurentner wurde, erhielt im Schnitt 672 Euro monatlich, im Vergleich zu 706 Euro im Jahr 2000.

Eine Bilanz des Schreckens. Denn zur gleichen Zeit sind die Preise in Deutschland um insgesamt 24,7 Prozent gestiegen. Real haben die Renten damit massiv an Wert verloren, und zwar noch viel mehr, als es das sinkende Rentenniveau nahelegt. Und noch etwas wissen wir heute: Die Riester-Renten können den Kahlschlag bei den gesetzlichen Renten nicht auffangen. Wer heute in Rente geht und frühzeitig geriestert hat, kann wohl mit gerade einmal 30 oder 40 Euro zusätzlich rechnen. Auch alle, die künftig in Rente gehen und dann Jahrzehnte lang geriestert haben sollten, werden feststellen: Die private Altersvorsorge schließt die gewaltige Lücke nicht, die die Absenkung des gesetzlichen Rentenniveaus gerissen hat. Sie hat zwar den Staat Milliardenbeträge und die Sparer viel Mühe und Nerven gekostet, doch Altersarmut verhindert sie nicht. Zum zehnjährigen Riester-Jubiläum im Jahr 2011 urteilte das DIW denn auch: »nicht besser als ein Sparstrumpf«⁵, und Anfang 2016 erklärte als erster Spitzenpolitiker der Union Horst Seehofer (CSU) die Riester-Rente für »gescheitert«.⁶ Der hatte übrigens bereits am 11. Mai 2001 die Gesamtreform als »Mogelpackung« kritisiert, vor dem Bürokratiemonster Riester-Rente gewarnt und Walter Riester als »Sozialräuber« bezeichnet.⁷

Für Ex-DGB-Vize Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, die sich heute für den Sozialverband Deutschland engagiert, ist es nach wie vor der »Sündenfall« der Rentenpolitik: »Kürzungen gab es auch schon vorher, aber mit der Riester-Reform wurden die Menschen ja quasi zur privaten Vorsorge mit zusätzlichen Beiträgen verpflichtet. Dies für alle Arbeitnehmer – unabhängig

davon, ob sie eine Riester-Rente abgeschlossen haben oder nicht – als Kürzungsfaktor in die Rentenformel aufzunehmen ist eine Aushöhlung der paritätisch finanzierten solidarischen Altersrente, das halte ich für ungeheuerlich.«⁸ Sie war damals eine der wenigen prominenten Sozialdemokraten, die bis zum Schluss Widerstand gegen die Riester-Reform leisteten. Vergeblich. Ein Gegner der ersten Stunde war auch Ulrich Schneider, der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Mittlerweile keimt bei ihm wieder ein ganz klein wenig Hoffnung: »Wenn man sich so offensichtlich auf einem fatalen Irrweg befindet, wie mit der Riester-Rente, sollte man den Mut haben, seinen Fehler einzugestehen und umzukehren.« Doch ob die verantwortlichen Politiker dafür den Mut aufbringen?

Starke Zweifel daran hat Matthias W. Birkwald. Der rentenpolitische Sprecher der Partei DIE LINKE kämpft seit Jahren einen einsamen Kampf im Deutschen Bundestag: »Vor 17 Jahren haben SPD, Grüne, Union und FDP das Rentenniveau gemeinsam in den Sinkflug geschickt und Lücken in die gesetzlichen Renten von Millionen Menschen gerissen. Seitdem gilt: Jahr für Jahr hinken die Renten den Löhnen hinterher, Jahr für Jahr gibt es immer mehr ältere Arme, und Jahr für Jahr wird der Riester-Unsinn offensichtlicher. Und was tun Union und SPD dagegen: nichts.«⁹

Doch zurück ins Jahr 2001. Was auf den Riester-Beschluss folgte, war der berühmte Paradigmenwechsel. Das Rentensystem wurde auf den Kopf gestellt. Wurden bis dahin die Beiträge dem gewünschten Leistungsniveau der Rente angepasst, musste sich nun die Rentenhöhe an die gewollt niedrigen Beiträge anpassen. Also eine komplette Umkehr der Rentenlogik. Oder anders ausgedrückt: Die früheren Rentenziele »Lebensstandardsicherung« und »Armutsvermeidung« wurden dem neuen Ziel »Beitragssatzstabilität« geopfert.

Übrigens mit großem Erfolg, was die Beitragssatzstabilität angeht. Der Beitragssatz blieb nicht nur stabil, sondern konnte

sogar gesenkt werden. Seit 2015 liegt er mit 18,7 Prozent wieder auf dem niedrigen Niveau der späten 1980er Jahre.¹⁰ Das heißt: Die Zahlung von Rentenbeiträgen war für die Jungen (und die Arbeitgeber!) schon lange nicht mehr so günstig wie heute. Von der oft beschworenen Ausplünderung der Jungen durch die Alten kann also keine Rede sein.

Die Kehrseite: Das Rentenniveau ist dramatisch abgesackt, die tatsächlich ausgezahlten Renten sind vor allem für viele Neurentner dramatisch gesunken. Bereits heute liegen wir weit unter dem Niveau, das Norbert Blüm mit seiner 1998er Reform für das Jahr 2030 angepeilt hatte.¹¹ Immer weniger des gesellschaftlichen Reichtums landet so bei den Rentnern. Obwohl die Zahl der Rentner Jahr für Jahr gestiegen ist, bekommen sie prozentual immer weniger vom Sozialprodukt ab. Von 2003 bis 2015 sank der Anteil der Rentenzahlungen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) um über 10 Prozent.¹²

Doch in einem Punkt lag Gerhard Schröder immerhin richtig: Walter Riester war tatsächlich ein Gewinner seiner Reform, ein ganz großer sogar. Denn die staatlich geförderte Altersvorsorge trägt seinen Namen und jahrelang galt er als der Bundestagsabgeordnete mit den höchsten Nebeneinkünften. Vor allem dank hoch bezahlter Vorträge für Banken, Versicherungen und andere Finanzdienstleister.¹³ Auch 2017 ist Walter Riester als Starredner auf Tour: beispielsweise am 28. März auf der 11. MMM-Messe (Münchner Makler und Mehrfachagenten-Messe) in München¹⁴ oder am 12. September auf der 8. Hauptstadtmesse in Berlin¹⁵, auch eine Verkaufsveranstaltung der Finanzwirtschaft.

Fazit: Die Riester-Reformen schicken Millionen von Rentnern in Richtung Armut, denn das »Riestern« kann die gerissene Rentenlücke nicht wirksam schließen.¹⁶ Das heißt: Die Gesamtversorgung ist selbst bei höherem Aufwand in der Regel schlechter als im alten Modell. Viele Forscher erklären die Riester-Rente

deshalb für gescheitert.¹⁷ Dies nicht nur wegen der kümmerlichen Ergebnisse – ein großer Teil der Bevölkerung macht bei der Riester-Rente schlicht nicht mit. Schätzungsweise 38 Millionen Personen sind anspruchsberechtigt.¹⁸ Es gibt jedoch nur 16,5 Millionen Riesterverträge.¹⁹ Weit mehr als die Hälfte der Förderberechtigten haben also keinen Riester-Vertrag. Und wirklich bespart werden noch weniger: Nur 10,8 Millionen Personen bekommen staatliche Zulagen oder Steuervorteile. Und von denen wiederum schöpfen viele die vollen Zulagen nicht aus, weil sie zu wenig einzahlen. Ergebnis: Nur etwas mehr als sechs Millionen Personen bekommen die vollen Zulagen und riestern damit so, wie es die Bundesregierung gerne hätte.²⁰ Das sind rund 15 Prozent der Förderfähigen. Eine desaströse Bilanz für alle Bundesregierungen seit 2001.

»Wir haben jetzt 15 Jahre lang das Lehrstück live erlebt und sehen, wohin uns die Rentenreformen von Schröder und Riester gebracht haben. Und man muss zugeben, dass es richtig schlecht gelaufen ist«, stellt Leni Breymaier, die neue SPD-Chefin von Baden-Württemberg, denn auch fest. »Daraus hat die Politik zu lernen, Gesetze kann man schließlich ändern.«

Die Rentenreformen sind jedoch nicht der einzige Grund für den drohenden Absturz der kommenden Rentnergeneration: Nahezu zeitgleich wurde auch der Arbeitsmarkt reformiert, Stichwort »Hartz-Gesetze«. Deutschland bekam den größten Niedriglohnsektor Westeuropas.²¹ Und wenig Lohn bedeutet später eben auch wenig Rente.

Generell hat der Anteil prekärer Beschäftigung in den vergangenen 20 Jahren stark zugenommen. So gibt es aktuell rund eine Million Leiharbeiter, die deutlich unterdurchschnittlich verdienen und in ständiger Gefahr leben, nach dem Ende der Verleihphase entlassen zu werden.²² Auch die Zunahme von schlecht oder gar nicht bezahlten Praktika und befristeter Beschäftigung sorgt entweder direkt für geringere Rentenansprüche oder er-

höht die Gefahr von Arbeitslosigkeit. Mit der Förderung sogenannter »Ich-AGs« wurden viele ehemals Versicherungspflichtige in die Selbstständigkeit gedrängt, wo sie in der Regel keinerlei Ansprüche aus der gesetzlichen Rente erwerben. Das Gleiche gilt für die meisten der rund fünf Millionen Menschen, die ausschließlich einen sogenannten Mini-Job ausüben. Mit solchen geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen wurden massiv versicherungspflichtige Jobs abgebaut. Und selbst wer als Mini-Jobber freiwillig in die Rentenkasse einzahlt, erhält dafür später nur ein besseres Taschengeld.²³ Auch Arbeitslosigkeit schlägt sich seit den Hartz-Gesetzen viel härter in der späteren Rente nieder. Die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld (ALG 1) – also die Phase, in der für Arbeitslose überhaupt noch Rentenbeiträge gezahlt werden – wurde verkürzt, und für Langzeitarbeitslose (ALG 2 oder gar keine Bezüge) werden gar keine Beiträge mehr an die Rentenkasse abgeführt. Jahrelange Arbeitslosigkeit führt damit nahezu unausweichlich in die Altersarmut.

All das weiß die Bundesregierung sehr genau. Im Entwurf des fünften Armuts- und Reichtumsbericht beklagt sie »Niedriglohnbeschäftigung, nachlassende Tarifbindung und die Zunahme atypischer Beschäftigung«. Sie konstatiert daraus eine »starke Zunahme der Einkommensungleichheit zu Beginn der 2000er Jahre« und stellt weiter fest: »Bis in die Einkommensmitte hat es Reallohnverluste gegeben.«²⁴ Diese Einkommensverluste des abgehängten unteren Teils der Beschäftigten werden sich zwangsläufig später auch in niedrigeren Renten niederschlagen. Leni Breymaier hat das als ver.di-Funktionärin immer kritisiert. Heute ist sie SPD-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg und gehört zu den Sozialdemokraten, die kräftige Korrekturen fordern: »Wir müssen feststellen, dass sich immer mehr Arbeitnehmer in einem fatalen Zangengriff befinden. Einerseits sorgen die Veränderungen am Arbeitsmarkt dafür, dass Millionen Arbeitnehmer schlecht verdienen oder ganz aus der Versicherungs-

pflicht gedrängt wurden, andererseits wird das Ganze dann noch durch die Rentenreformen immer schlechter bewertet. Die zwangsläufige Folge sind dann Armutsrenten.«

So wird es auch Michael K. ergehen, falls nicht ein Wunder geschieht. Der Vierzigjährige sitzt von morgens 6 Uhr bis abends um 18 Uhr an der Pforte eines Betriebes in der Nähe von München. Zwölf Stunden pro Tag, an mindestens fünf Tagen der Woche. Das sind 60 Stunden pro Woche und mehr als 240 Stunden im Monat. »Damit arbeite ich mindestens 50 Prozent länger als die Arbeiter und Angestellten, die jeden Tag bei mir ein und aus gehen.« Doch verglichen mit ihnen verdient er deutlich schlechter: pro Stunde derzeit 9 Euro. Bevor der Mindestlohn eingeführt wurde, war es jahrelang noch weniger. Dabei trägt Michael K. enorme Verantwortung: Hunderte Mitarbeiter und Dutzende Besucher sind genau zu kontrollieren. Niemand darf das Werk – in dem Sicherheitstechnik hergestellt wird – unbefugt betreten. Doch der Lohn ist kümmerlich. Von 2160 Euro brutto bleiben netto 1432 Euro übrig – für Schichten rund um die Uhr. »Das ist nur mit Galgenhumor zu ertragen. Ich bin jeden Morgen um 5 Uhr auf den Beinen, fahre um 5:30 Uhr zur Arbeit und komme frühestens um 18:30 Uhr nach Hause.« Auch wenn es für viele nach einem eher geruhsamen Job aussehen mag, zieht es doch viel Energie aus ihm. Gerade wenn nach 15 Uhr die meisten Beschäftigten das Werk schon verlassen haben, muss er noch fast drei Stunden durchhalten: »Das zieht sich wie Gummi, es ist wenig zu tun, doch du musst trotzdem konzentriert bleiben, falls doch mal was passiert.«

Und wenn Not am Mann ist, macht Michael K. auch mal sechs oder gar acht Schichten am Stück: »Anschließend schlafe ich gleich einen ganzen Tag durch.« Wenig bleibt da vom Leben, wenig Zeit und wenig Kraft für andere Dinge. Daran ist letztlich auch seine Ehe gescheitert. Und die Renteninformation der Deutschen Rentenversicherung trägt auch nicht zur Verbesse-

runge seiner Stimmung bei: Eine Rentenanwartschaft in Höhe von 374 Euro hat er sich demnach bislang erarbeitet. Und sollte er sein Pensum von 60 und mehr Stunden pro Woche noch weitere 27 Jahre lang durchhalten, könnten es tatsächlich brutto 936 Euro werden. Netto blieben davon 833 Euro – nach über 50 Arbeitsjahren. »Also ich fühle mich verraten und verkauft. Ich kann mir das eigentlich nicht vorstellen und will nicht in einem Ein-Zimmer-Wohnklo landen. Also sollte sich jobmäßig noch irgendwas ändern.« Allerdings fehlt ihm dazu die Perspektive. Solange er seine Zwölf-Stunden-Schichten schiebt, bleibt kaum Zeit, sich um Alternativen zu kümmern. Derzeit rettet er sich immer gerade so ins Wochenende, um neue Kraft zu tanken. Und so geht es Woche für Woche.

Dabei hatte es für Michael gar nicht so schlecht angefangen. Er hat eine dreijährige Lehre als Elektroniker absolviert und sich anschließend für mehrere Jahre freiwillig bei der Bundeswehr verpflichtet, aber dann hat er nicht mehr so recht in den alten Beruf zurückgefunden: Für eine Spedition fuhr er LKW, versuchte sich mit dem Verkauf von Versicherungen. Doch auch das war eine schmerzhaft Erfahrung: Die Provisionen kassierten vor allem die Chefs. Und die Arbeit wurde am Ende unerträglich: »Ich wollte und konnte die Kunden einfach nicht mehr länger übers Ohr hauen.« So war Michael ganz froh, dass er mit dem festen Job im Wach- und Objektschutz aus den Fängen des Versicherungsvertriebes loskam. Die Einblicke, die er damals in sogenannte Altersvorsorgeprodukte gewonnen hat, haben ihn desillusioniert: »Ich habe ja in diesen Bereich hineingeschnuppert und weiß, wie es da zugeht. Deshalb werde ich mein sauer verdientes Geld nicht dafür opfern. Ich hab noch keine Versicherung gefunden, die mir wirklich weiterhelfen würde. Die riesige Lücke, die sich im Alter auftun wird, dagegen kann man schlicht nicht privat ansparen.«